

PROLETARIER ALLER LÄNDER, VEREINIGT EUCH!

Rote Fahne

TRIBÜNE DER MARXISTEN - LENINISTEN IN DER KPÖ

Jgg. 1964 Nr. 10 (14)

15. Mai

Einzelpreis S 3, --

ALARM UM ÖSTERREICH

"Ohla gegen Bspitzelung", "SP gegen Klaus", "Klaus gegen Gorbach", "SP mit Klaus", "Pittermann gegen Ohla", "Ohla und Pittermann gegen Broda" usw. usf. - Der "Mann auf der Straße" liest diese und ähnliche Schlagzeilen in immer größerer Verwirrung. Für wen soll er "drücken"? Wer will was?

Versucht der "Mann auf der Straße" dann, sich durch Lektüre der "Volksstimme" Klarheit zu verschaffen, wird er erst recht nicht klüger. Vom revisionistischen Geiste Chruschtschows und Togliattis be-seelt, stellt die "Volksstimme" die SP-Führer faktisch als Arbeitervertreter und Kämpfer für den Sozialismus hin, die in ihrem "Bemühen" bloß etwas schlampig und zögernd seien. Und so ist die "Volksstimme" auch einmal für Ohla, einmal für Pittermann, dann wieder für Broda...

Teils belustigt, teils empört, aber vor allem resigniert, kommt der "kleine Mann auf der Straße", der nichts anderes ist als einer der arbeitenden Menschen unseres Landes, zum Schluß, das Intrigenspiel "oben" sei nicht durchschaubar, einer sei derselbe Gauner wie der andere, am besten sei, man küm-mere sich nicht um die Politik, die Hauptsache sei, man habe das Seine und seine Ruhe...

UND DAMIT HABEN "SIE" IHN DORT, WO SIE IHN HABEN WOLLEN - "sie", die mit dem westdeutschen Monopolkapital verbündeten, oder besser gesagt, die dem westdeutschen Monopolkapital unterworfenen österreichischen großen und ganz großen Kapitalisten!

Während man nämlich den Eindruck

Aus dem Inhalt:

Suslow beschimpft österreichische Kommunisten

Neue Parteiausschlüsse

Der 1. Mai in aller Welt

Die afroasiatische Solidaritätsberatung

Eine wichtige Rede Fidel Castros

zu erwecken sucht, es gehe wahrscheinlich nur um einen Streit um die "Posterln", geht es tatsächlich um das Schicksal der Arbeiterklasse Österreichs und um Österreich selbst.

In den neun Jahren seit dem Staatsvertragsabschluß hat das deutsche Monopolkapital immer energischere Anstrengungen unternommen, das in Österreich verlorene Terrain wieder zurückzuerobern. Die USA-Imperialisten, die in Westdeutschland ihren verlässlichsten und rücksichtslosesten Verbündeten im Kampf gegen die revolutionären Völker und bei den Kriegsvorbereitungen gegen das sozialistische Lager erblicken, lassen der Bonner Regierung und ihren monopolistischen Hintermännern in diesen Aktionen gegen Österreich offensichtlich freie Hand. Da sie den deutschen Imperialismus als ihren Kettenhund und Vorreiter verwenden wollen, der in der entscheidenden Auseinandersetzung Bresche schießen soll, füttern sie ihn gerne auf Kosten anderer Völker. Da Bonn dazu noch - und das ist leider von besonderer Tragik - von der gegenwärtigen sowjetischen Führung kaum etwas zu befürchten hat (deren Beschwichtigungspolitik dadurch nicht besser wird, daß sie sich mit der irreführenden Bezeichnung "Politik der friedlichen Koexistenz" schmückt), werden die deutsch-imperialistischen Umtriebe immer offener und brutaler.

Handelte es sich in der ersten Zeit vor allem um die wirtschaftliche Unterwanderung Österreichs, so tritt jetzt die unmittelbare politische Intervention immer deutlicher hervor, wie sich besonders bei der Regierungsumbildung vor einigen Wochen gezeigt hat. Nur in diesem Zusammenhang ist auch das freche Wiederhervortreten faschistischer Ideologien, ihr zynischer Angriff gegen den Begriff der österreichischen Nation, wie wir ihn in letzter Zeit erlebt haben, verständlich.

Der vor sich gehende ekelige "Kampf aller gegen alle" ist Ausdruck des Streites der verschiedenen Gruppen der österreichischen Bourgeoisie und ihrer Manager um die Positionen in einer von den westdeutschen Imperialisten immer unmittelbarer kontrollierten Regierung. In diesem "Kampf" ist es unmöglich, zu entscheiden, wer der Sache des westdeutschen Imperialismus - und damit dessen amerikanischen Gönnern - eifriger dient, die angestammten "österreichischen" Kapitalisten vom Schwarzenbergplatz, oder die nur sehr fadenscheinig als "Sozialisten" getarnten deutschnationalen Manager der verstaatlichten Industrie von der Strudlhofstiege, die bei jeder wichtigen Entscheidung des SP-Vorstandes den Ausschlag geben.

In einer solchen Situation, in der die Gefahr eines mit neokolonialistischen Methoden und dementsprechender moderner Tarnung durchgeführten neuen "Anschlusses" Österreichs an das Deutschland der Schlotbarone immer akuter wird, ist es eine schwerwiegende Schuld der gegenwärtigen Führung der KPÖ, den Vertretern des SP-Vorstands ihren guten Willen zu bescheinigen und ihnen gute Ratschläge zu geben, wie sie den "Klassenkampf" in der Regierung führen sollten, die zwar in vielen Details uneinig, in der Hauptsache aber stets einig und geschlossen auftritt: gegen das arbeitende Volk. Es ist der

Gipfel an politischer Instinktlosigkeit, sich ausgerechnet in so einer Situation zum "Koalitionsgedanken" zu bekennen und ein Gipfel revisionistischer Verblendung, den Parteimitgliedern zu erklären, das wichtigste für die österreichische Arbeiterschaft und ihren Kampf für den Sozialismus wäre jetzt die Beseitigung der Fünfprozentklausel im Wahlgesetzvorschlag der SP. Solche Stellungnahmen in so einer Situation bedeuten Verwirrung und Einschläferung der Arbeiterschaft und aller patriotischen Kräfte unseres Landes.

Der offene politische Vorstoß der westdeutschen Imperialisten und ihrer österreichischen Vorhuten hat bereits zu gewissen Protestaktionen österreichischer Patrioten, insbesondere patriotischer Jugendlicher,

UNSEREN DANK

ALLEN UNSEREN FREUNDEN UND GENOSSEN, DIE DURCH IHRE GROSSEN UND KLEINEN SPENDEN MITGEHOLFEN HABEN, DER "ROTEN FAHNE" EIN WÜRDIGES UND SCHÖNERES ÄUSSERES ZU GEBEN !

Noch sind die besseren technischen Hilfsmittel, mit denen die vorliegende Nummer unserer Zeitung hergestellt worden ist, erst zu einem Teil unser Eigentum. Doch - die weitere Unterstützung durch unsere Aktivisten vorausgesetzt - ist ihre vollständige Erwerbung im Laufe der nächsten Monate möglich.

Noch können wir keine Fotos bringen, doch auch das ist lediglich noch eine Frage der Zeit. In gemeinsamer Anstrengung werden wir auch das schaffen!

Die vorliegende Nummer ist ein wichtiger Markstein in der noch so kurzen Geschichte unserer Zeitung, ein bedeutender Schritt auf dem oft steinigen, aber aussichtsreichen Weg, den wir, ein nur scheinbar junges, sich in Wahrheit aber schon seit Gründung der KPÖ immer neu bewährendes und neu formierendes Kollektiv österreichischer Marxisten-Leninisten, beschritten haben.

Jeder Einzelne unter unseren Helfern, auch wenn er nur einen einzigen Schilling oder nur eine einzige Adresse eines Interessenten gebracht hat, hat Anteil an dem Verdienst, diesen Schritt möglich gemacht zu haben. Und wir, die wir ihn jetzt vollziehen konnten, haben es neuerlich bestätigt gefunden: Die proletarische Solidarität und Opferfähigkeit ist eine große, einzigartige Sache. Es gibt nichts, was ihr nicht möglich wäre.

DAS REDAKTIONSKOLLEKTIV

geführt. Das ist ausgezeichnet und lebhaft zu begrüßen. Doch man darf nicht übersehen, daß es sich hier in Wahrheit um eine Nebenfront des Kampfes handelt, so wichtig sie auch ist!

DIE HAUPTSACHE UND HAUPTGEFAHR LIEGT DARIN, DASS DIE DEUTSCH-IMPERIALISTISCHE KERNTRUPPE NICHT IN MARSCHAUSRÜSTUNG UND MIT KAMPFWAFFEN, SONDERN ELEGANT GEKLEIDET UND MIT DER AKTENTASCHE KOMMT!

Sie schert sich den Teufel um EFTA und EWG, agiert hinter verschlossenen Polstertüren von Ministerien und Verwaltungsräten und schaltet von dort aus Österreich gleich. Der Stiefel des deutschen Militarismus bleibt unsichtbar, die westdeutsche Bundeswehr kann im Hintergrund gelassen werden. Warum auch nicht, wenn ein "friedlicher Weg" möglich ist - ins neue Altreich nämlich.

Die Situation ist höchst bedrohlich. Nicht wenige Elemente in der Bourgeoisie und in den Regierungsparteien, die sich eine Zeitlang österreichisch gaben, weil sie glaubten, mit dieser Haltung mehr internationalen Rückhalt zu finden, verlieren in letzter Zeit sichtlich alle Zivilcourage, wenn sie sich nicht schon überhaupt zu den scheinbar stärkeren Bataillonen des westdeutschen Imperialismus geschlagen haben, die ihnen fette Pfründen als wirtschaftliche und politische Fronvögte des ausländischen Imperialismus in unserem Land versprechen.

Wir wenden uns daher nicht nur an die aktiven Parteimitglieder, sondern an alle klassenbewußten Arbeiter und an alle wirklichen Patrioten unseres Landes: **ERKENNT DIE GEFAHR**, die dreifache Gefahr der sozialen Versklavung, der nationalen Knechtung und - wenn die westdeutschen Schlotbarone wieder "so weit" sind - die akute Kriegsgefahr! Glaubt nicht den hohlen Phrasen der koalitierten Regierungsmitglieder und der diversen "Macher" in ihren Parteien über ihre Treue zur "Demokratie" und zu Österreich! Die Interessen der arbeitenden Bevölkerung unseres Landes, ihre Errungenschaften, die Unabhängigkeit Österreichs und der Frieden können durch die Spielereien des parlamentarischen Kretinismus nicht geschützt und gerettet werden!

Noch ist es möglich, daß die mit dem Segen des amerikanischen Rüstungskapitals ausgestatteten westdeutschen Imperialisten die Rechnung ohne den Wirt machen, der in diesem Fall die österreichischen Arbeiter sind. Aber ein wirkungsvoller Abwehrkampf setzt vor allem die richtige Erkenntnis der Gefahr, ihrer Wurzeln, Erscheinungsformen und Triebkräfte voraus, setzt voraus, daß sich die Arbeiterschaft nicht ablenken läßt.

Wir appellieren an alle gewählten Betriebsfunktionäre, gleichgültig, welches Mitgliedsbuch sie in der Tasche haben: Laßt Euch mit Hilfe von "Mitbestimmungs"-Tricks nicht die Zustimmung zur Verschacherung österreichischer Betriebe an das Auslandskapital abluchsen! Verlangt die Entfernung der offenen und verkappten Vertrauensmänner des deutschen, amerikanischen und anderen ausländischen Mono-

polkapitals aus den Betrieben! Fordert die Aufkündigung aller Verträge, die uns wirtschaftlich an das Auslandskapital ketten!

Klärt die Arbeiter über die Lage in den Betrieben, insbesondere in den verstaatlichten Betrieben auf. Organisiert den Widerstand in allen Formen gegen die unheilige Dreieinigkeit von sozialer Reaktion, nationalem Verrat und mit Integrationsphrasen getarnter Kriegsvorbereitung! Wenn sich die Arbeiterklasse mutig und ohne Angst vor Schwierigkeiten zum Kampf entschließen wird, dann kann kein Zweifel bestehen, daß sich die Patrioten aller Volksschichten um sie sammeln werden und das wahre Österreich die Pläne der westdeutschen Imperialisten und ihrer amerikanischen Protektoren durchkreuzen wird.

AIR MAIL - PAR AVION - AIR MAIL - PAR AVION - AIR MAIL - PAR AVION

航空
PAR AVION

Ein Luftpostbrief aus Peking

an die Redaktion der "Roten Fahne"

"...Nach den Eindrücken der ersten Tage - so kurz die Zeit unseres Hierseins auch erst ist - kann man schon ein endgültiges Urteil fällen: Das ganze Gerede von inneren wirtschaftlichen Schwierigkeiten, vom 'Fiasko' des 'Großen Sprungs' und vom 'Zusammenbruch' der Volkskommunen ist nichts als verleumderische Erfindung... Wenn man so wie wir durch eigenes Erleben Wahrheit von Lüge, Wirklichkeit von mißgünstiger Verschleierung trennen lernen kann, schwindet jeder Zweifel über den Ausgang des Kampfes, der begonnen hat... Die Lebensverhältnisse hier übertreffen unsere kühnsten Erwartungen. Wir werden Euch ausführlich darüber berichten...

Euch, alle Aktivisten und Leser der "Roten Fahne" grüßen herzlich

Die Teilnehmer der Delegation österreichischer
Kommunisten in die Volksrepublik China, Mai 1964



Suslow beschimpft österreichische Kommunisten:

ERKLÄRUNG
DES REDAKTIONSKOLLEKTIVS
DER "ROTEN FAHNE"

In seiner erst unlängst veröffentlichten Rede vor dem Plenum des ZK der KPdSU am 14. Februar sprach der Sekretär des sowjetischen Zentralkomitees, Suslow, auch über jene österreichischen Kommunisten, die nicht bereit sind, den Revisionismus widerspruchslos hinzunehmen, der heute in Moskau propagiert wird. Suslow beschimpfte diese Kommunisten in bekannter Manier als "Spalter". Anscheinend war ihm dieser Vorwurf aber noch zu schwach, weshalb er einen "stärkeren" hinzufügte, nämlich die Behauptung, es handle sich um "Leute mit dunkler Vergangenheit"! Wörtlich heißt es in der von der Moskauer "Neuen Zeit" 16/64 veröffentlichten Übersetzung der Suslow-Rede (Seite 68):

"IN DEN SPALTERGRÜPPCHEN IN ÖSTERREICH ... BETÄTIGTEN SICH LEUTE MIT DUNKLER VERGANGENHEIT, ABENTEURER."

Suslow hat keine Namen genannt und auch keine näheren Details angegeben. Doch wir sind ihm dafür nicht dankbar. Im Gegenteil!

WIR VERLANGEN, DASS SUSLOW DIESE NAMEN NENNT, DASS ER JENE FAKTEN BEKANNTGIBT, DIE IHN ZU SOLCHEN ÄUSSERUNGEN BERECHTIGEN !

Die Mitarbeiter und Aktivisten der "Roten Fahne", die Suslow ein "Spaltergrüppchen" zu nennen beliebt, sind durchwegs langjährige Parteifunktionäre, bewährte Aktivisten der Arbeiterbewegung, viele von ihnen Opfer des Kampfes gegen den Faschismus. Was paßt Suslow nicht an der Vergangenheit dieser Genossen? Warum spricht er so allgemein, warum nicht konkret? Was weiß er oder glaubt er zu wissen? Heraus damit! Er soll Tatsachen mitteilen!

WENN ER DAZU ABER NICHT IMSTANDE IST - UND ER WIRD ES NICHT SEIN - SO SAGEN WIR DEM SEKRETÄR DES ZENTRALKOMITEES DER KPDSU MICHAEL SUSLOW, DASS ER EIN EHRLOSER LÜGNER, EIN ELENDER VERLEUMDER IST !

Suslow ist offenbar ein sehr gelehriger Schüler Chruschtschows. Er verwendet dieselbe Methode wie dieser in seinem berüchtigten "Geheimbericht" auf dem 20. Parteitag: Verdächtigungen, Unterstellungen, nebulöse Andeutungen und skrupellose Behauptungen, aber nicht die Spur einer konkreten, sachlichen Untersuchung, nichts, was man überprüfen könnte. Doch er übersieht einige wichtige Dinge:

Erstens leben jene österreichischen Kommunisten, die Suslow jetzt verleumdet und können sich daher - im Gegensatz zum toten Stalin - gegen Verleumdungen wehren.

Zweitens verfügen wir bereits über gewisse technische Hilfsmittel, um uns unabhängig von der Erlaubnis oder Nichterlaubnis der Revisionisten selbst an die Parteiöffentlichkeit wenden zu können. Mag Suslow unseren Protest gegen seine Lügen auch vor dem Sowjetvolk verheimlichen, vor dem er sie so gewissenlos ausgestreut hat, aber in unserem Land können wir uns Gehör verschaffen!

Die Revisionisten sind in bezug auf harte, scharfe Worte gewöhnlich überaus wehleidig, beklagen bitter jeden unfreundlichen Ton, der in der Diskussion mit ihnen auftaucht, sind so zartfühlend, daß ihnen sogar die Bezeichnung "Revisionist" schon als unzulässige Schmähung erscheint. Welchen Ton aber schlagen sie selber an? Welcher Methoden bedienen sie sich?

Wir fragen alle aufrechten österreichischen Kommunisten: Was haltet ihr von solchen Methoden der "Argumentation", wie Suslow sie gegenüber Kommunisten eines anderen Landes anwendet?

Oder tun wir Suslow am Ende gar unrecht? Ist er selbst garnicht schuld, handelte er in "gutem Glauben", wurde er ein Opfer falscher Informationen?

DANN ABER MÖCHTEN WIR WISSEN, WER DIESE LÜGNERISCHEN OHRENBLÄSER SIND UND WO SIE SITZEN! MÖGEN DANN SIE SICH ANSTELLE VON SUSLOW MELDEN UND FAKTEN MITTEILEN - SOFERN ES WELCHE GIBT!

Die österreichische "Volksstimme", die am 5. April 1964 recht ausführlich über die Suslow-Rede berichtete, hat merkwürdigerweise gerade die in Rede stehende Stelle weggelassen. In der ganzen langen Rede Suslows war es die einzige Stelle, die unmittelbar die österreichische Partei betraf - und ausgerechnet diese Stelle hat die "Volksstimme" unterschlagen. Warum wohl? Wollte sie eine Äußerung, die man nicht anders als schmutzige Verleumdung bezeichnen kann, aus Gründen der Anständigkeit nicht abdrucken? Wir würden es sehr begrüßen, wenn es so wäre, doch scheint uns, daß es ihr mehr um Suslow ging als um die antirevisionistischen österreichischen Kommunisten. Geht es ihr um Wahrheit und Objektivität, so muß die "Volksstimme" Suslow in irgendeiner Form berichtigen. Tut sie es nicht, so bedeutet das, daß sie nur schwieg, weil sie mit Recht befürchtete, Suslows Verleumdungen würden ihn selbst bloßstellen und seine Glaubwürdigkeit auch in bezug auf die anderen Dinge, die er erzählt hat, erschüttern.

Seit dem 20. Parteitag der KPdSU haben uns die Revisionisten hundertemale erklärt, man müsse "leider" objektiv und wahrheitsliebend sein - "auch wenn es weh tut". Die Erzählungen Suslows über österreichische Kommunisten zeigen, was von dieser Wahrheitsliebe zu halten ist. Mögen sich die österreichischen Kommunisten darüber selbst ihr Urteil bilden.

Personenkult

"...beglückwünschen Sie heiß und herzlich als treuen Leninisten, hervorragenden Funktionär...tapferen Kämpfer...ruhmreicher Sohn der heroischen Arbeiterklasse...

...kämpften Sie...leiteten Sie...nahmen Sie aktivsten Anteil...gaben Sie alle ihre Kräfte...stehen Sie an der Spitze...erfüllen Sie mit unbändiger Energie Ihre außerordentlich komplizierten und verantwortlichen Pflichten...

...ist wohlbekannt, welche gewaltige Rolle Sie...welch revolutionären leninistischen Mut Sie...mit welcher Energie, welche hervorragenden organisatorischen Talent und welcher Sachkenntnis Sie...

...bezeichnend für Ihre gesamte vielseitige Tätigkeit sind enge Verbundenheit mit dem Volke, unerschöpfliche Initiative und Energie, tiefeschürfende Analyse der Lebensprozesse...

...Ihr ganzes Leben ist ein leuchtendes Beispiel...alle Völker bewundern den hervorragenden Beitrag, den Sie...haben Sie sich die tiefe Erkenntlichkeit, Achtung und Liebe des Sowjetvolkes und der Werktätigen aller Länder erworben...lieber Nikita Sergejewitsch."

(Aus dem Glückwunschsreiben des ZK der KPdSU vom 17. April 1964 an Chruschtschow anlässlich dessen 70. Geburtstag)

WICHTIGES INFORMATIONSMATERIAL

haben wir in den letzten Wochen an einen großen Teil unserer Abonnenten und Leser versendet. Interessenten, die nicht beliefert wurden, können restliche Exemplare anfordern. Zur Verfügung stehen insbesondere folgende Titel:

- 14) "Zwei Linien in der Frage von Krieg und Frieden" (Fünfter Kommentar der KP Chinas zum Offenen Brief des ZK der KPdSU)
- 15) "Zwei völlig entgegengesetzte Arten der Politik der friedlichen Koexistenz" (Sechster Kommentar der KP Chinas zum Offenen Brief des ZK der KPdSU)
- 16) "Die Wahrheit darüber, wie sich die Führer der KPdSU mit Indien gegen China verbündet haben" (Antwort von "SHENMINSHIBAO" auf den im Anhang vollinhaltlich abgedruckten Angriff der "PRAWDA" vom 19.9.1963)
- 17) "Völker aller Länder, vereinigt euch zum allseitigen, gründlichen, restlosen und entschiedenen Verbot der Kernwaffen und ihrer Vernichtung!" (Eine Dokumentensammlung)
- 18) "Die Führung der KPdSU ist der größte Spalter der Gegenwart" (Siebenter Kommentar der KP Chinas zum Offenen Brief des ZK der KPdSU)

WÜRDIGUNGEN CHRUSCHTSCHOWS

+++++

"Chruschtschow ist der beste Freund des Westens in Moskau."

(US-Magazin "TIME" vom 9. März 1962)

"Der Sowjet-Premier Nikita Chruschtschow handelt wie ein Amerikaner."

(US-Unterstaatssekretär HARRIMAN am 18. August 1963)

"Chruschtschow ist der beste sowjetische Ministerpräsident, den sich der Westen für Unterhandlungen denken kann. Wir müssen für die gegenwärtige Zeit jede Aktion unterlassen, die seine Stellung schädigen könnte."

("THE TIMES", London, 1. Jänner 1962)

"Wir müssen ihm dankbar sein dafür, wie er seine Beziehungen zu China mißhandelt. Wir sollten ihm dankbar sein dafür, daß er durch eine Menge arroganter und plötzlicher Entschlüsse in den internationalen Kommunismus Unordnung gebracht hat."

("US NEWS AND WORLD REPORT", 3. Februar 1963)

"Es scheint klar, daß es Chruschtschow mit seinem Wunsch nach Entspannung mit dem Westen ernst genug ist, eine Spaltung in der kommunistischen Bewegung zu riskieren, um dahin zu gelangen."

(US-Magazin "THE NATION", 2. Februar 1962)

"Den vereinigten Block aus Stalins Tagen hat Nikita Chruschtschow unwiderruflich zerstört. Das ist Chruschtschows größtes Verdienst - nicht um den Kommunismus, sondern um die westliche Welt."

(US-Magazin "THE NATION", 2. Februar 1962)

Zu einem gefälschten Interview in einer Wiener Wochenzeitung

In ihrer Ausgabe vom 9. Mai 1964 veröffentlichte das "Wiener Wochenblatt" ein angebliches Interview mit dem Herausgeber der "Roten Fahne", das eine freche Fälschung darstellt. Selbstverständlich hat der Herausgeber der "Roten Fahne" KEINE SPALTUNG DER KPÖ PROPHEZEIT, sondern hat umgekehrt erklärt, daß die Hauptaufgabe der "Roten Fahne" eben darin besteht, eine Spaltung durch die Wiederbesinnung der KPÖ auf ihre revolutionären Grundsätze zu VERHINDERN, was durchaus möglich ist. Auch eine Reihe anderer, zum Teil sogar unter Führungszeichen veröffentlichter angeblicher Äußerungen Franz Stobls sind völlig aus der Luft gegriffen und erlogen. Für die Sorte von Journalisten, die hier am Werk waren, ist bezeichnend, daß sie dem Herausgeber der "Roten Fahne" mehrmals auflauerten, ihn mit den dümmsten Fragen überfielen und ihn ungeachtet seines energischen Protestes fotografierten. DIE NOTWENDIGEN PRESSERECHTLICHEN UND GERICHTLICHEN SCHRITTE WURDEN BEREITS EINGELEITET.

EINE BEMERKENSWERTE RUMÄNISCHE ERKLÄRUNG

Ein erweitertes Plenum des Zentralkomitees der RAP nahm im April 1964 eine "Erklärung zum Standpunkt der Rumänischen Arbeiterpartei in den Fragen der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung" an, die Aufmerksamkeit verdient.

Die Erklärung, die drei großformatige Zeitungsseiten in Anspruch nimmt, steht in wesentlichen Punkten natürlich auf der allgemeinen Linie der modernen Revisionisten und wiederholt dessen falsche, mit dem Marxismus-Leninismus unvereinbare Anschauungen:

Das Atomtestabkommen, das der Aufrechterhaltung des Atomwaffenmonopols der Atommächte dient, wird bejaht; das kapitalistisch entartete Jugoslawien wird als sozialistisches Land eingeschätzt; der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern des Westens wird gegenüber der nationalen Befreiungsbewegung in Afrika, Asien und Lateinamerika eine vorrangige Bedeutung zugesprochen; die den revolutionären Kampf und insbesondere die nationale Befreiungsbewegung desorientierende Losung über die Möglichkeit einer vollständigen Abrüstung wird akzeptiert; der friedliche Übergang zum Sozialismus wird für gleich wahrscheinlich wie der nichtfriedliche Übergang betrachtet; die verlogene Theorie über den "Personenkult" sowie die anderen Thesen und Anschauungen des 20. und 22. Parteitags der KPdSU werden unterstützt; die Herausbildung marxistisch-leninistischer Gruppen und Parteien im Kampf gegen den modernen Revisionismus wird als parteifeindliche Spaltertätigkeit eingeschätzt und dafür die KP Chinas verantwortlich gemacht usw.usw.

Dennoch aber gibt es einige Fragen, in denen sich der Standpunkt der rumänischen Partei angenehm von der papageienhaften Art unterscheidet, in der ihn zum Beispiel der Großteil der österreichischen revisionistischen Führer unterstützt.

So heißt es über die Probleme der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern, daß eine Reihe von der Sowjetunion forcierter Maßnahmen faktisch auf die Beseitigung der nationalen Souveränität der anderen sozialistischen Länder hinauslaufen:

"Da das Wesen der beabsichtigten Maßnahmen darin besteht, einige Funktionen der wirtschaftlichen Leitung aus der Zuständigkeit des betreffenden Staates in die Kompetenz gewisser überstaatlicher Organe oder Organismen zu überführen, entsprechen sie **n i c h t** den Prinzipien, die den Beziehungen zwischen sozialistischen Ländern zugrundeliegen."

"Der Gedanke eines allen RGW-Ländern (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe) gemeinsamen einheitlichen Planungsorgans bringt äußerst ernste wirtschaftliche und politische Verwicklungen mit sich. Die planmäßige Leitung der Volkswirtschaft ist eine der grundlegenden, wesentlichen und unveräußerlichen Attribute der Souveränität des sozialistischen Staates... Die Souveränität des sozialistischen Staates setzt voraus, daß er tatsächlich und uneingeschränkt über die Mittel zur praktischen Verwirklichung die-

ser Attribute verfügt und sämtliche Hebel der Leitung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens in seinen Händen hält. Geht ein solcher Hebel in den Zuständigkeitsbereich überstaatlicher oder außerstaatlicher Organe über, so würde das die Souveränität in einen inhaltslosen Begriff verwandeln."

Eine unverkennbare Kritik an den Methoden der sowjetischen Führung enthält die folgende Stelle in der Erklärung:

"Was die RAP anbelangt, erklärt sie sich konsequent für die Festigung und Ausweitung der Zusammenarbeit mit a l l e n sozialistischen Ländern, für die Durchführung der internationalen sozialistischen Arbeitsteilung im g a n z e n sozialistischen Wirtschaftssystem als objektive Notwendigkeit der Entwicklung dieses Systems.

Die strikte Einhaltung der grundlegenden Prinzipien der Beziehungen neuen Typs zwischen den sozialistischen Ländern ist die erst-rangige V o r a u s s e t z u n g für die Einheit und Geschlossenheit dieser Länder, für die Ausübung des entscheidenden Einflusses des sozialistischen Weltsystems auf die Entwicklung der Menschheit." (Letzter Absatz im Original fett gedruckt!)

Über das Verhältnis der kommunistischen Parteien untereinander sagt die Erklärung:

"Es gibt nicht und es darf auch nicht eine Partei geben, die 'Vater', und eine andere, die 'Sohn' ist, keine 'höhere' und keine 'untergeordnete' Partei...Keine Partei besitzt eine Vorrechtsstellung und kann sie auch nicht besitzen, keine Partei kann ihre Linie und Ansichten anderen Parteien aufzwingen...

Unserer Ansicht nach ist es unrichtig, in Parteidokumenten, Presse und Rundfunk, auf Treffen internationaler Organisationen usw. beleidigende Einschätzungen, Anschuldigungen und Benennungen gegen die Bruderparteien und deren Führung laut werden zu lassen, in den Parteireihen oder unter den Massen den Standpunkt anderer Parteien unfreundlich und entstellt darzustellen, a u f P a r t e i t a g e n oder in den Beschlüssen einer Partei den Standpunkt und die Haltung anderer kommunistischer Parteien zu verurteilen."

Unbedingt erinnert man sich der Verurteilung Albaniens durch Chruschtschow auf dem 22.Parteitag der KPdSU und der offenen Angriffe, die sowjetische Sprecher auf den Parteitag von 5 europäischen kommunistischen Parteien gegen die albanischen und chinesischen Kommunisten richteten, wodurch die gegenwärtige öffentliche Polemik eingeleitet wurde, wenn man die folgenden Sätze des rumänischen Dokuments liest:

"Keiner einzigen Partei ist es gestattet, über die Parteiführung des einen oder anderen Landes hinwegzugehen, und umso weniger ist es ihr gestattet, zur Beseitigung, zur Abänderung der Führung

denen die Veranstaltung selbst rechtzeitig angemeldet worden war. Irrend ein Genosse kam nun auf die Idee, die an ihn persönlich gerichtete Einladung auch anderen Interessenten zugänglich zu machen und heftete sie darum mit einem Reißnagel an eine Planke. Er wußte nicht, welchen behördlichen Apparat er damit in Bewegung setzte.

Kurz danach kam nämlich ein Polizist des Weges und nahm die Einladung in Augenschein. Als geschulter Hüter des Gesetzes konstatierte er mühelos, daß die Planke "öffentlich zugänglich" sei, wodurch sich aber die Einladung in ein "zum öffentlichen Aushang gelangtes Flugblatt" hatte. Das aber bedeutete wiederum, daß es den gesetzlichen Bestimmungen für ein solches "Flugblatt" entsprechen mußte, also daß es ein Impressum mit Angabe des Eigentümers, des Herausgebers, des Verlegers, des Druckers und des für den Inhalt Verantwortlichen aufweisen mußte, und daß es ferner der Gerichtlichen Pressepolizei, dem Pressereferat der Bundespolizeidirektion, der Administrativen Bibliothek des Bundeskanzleramtes, der Nationalbibliothek und der Universitätsbibliothek eingesandt worden sein mußte.

Der Gesetzeshüter bemerkte, daß auf der Einladung ein solches Impressum fehlte. Damit stand er vor der Tatsache einer Gesetzesverletzung, über die er unverzüglich Meldung erstattete. Die daraufhin eingeleiteten Erhebungen ergaben, daß von der zum "Flugblatt" erhobenen Einladung auch die vorgeschriebenen "Pflichtstücke" nicht abgeliefert worden waren. Somit stand man bereits vor der Tatsache eines weiteren Gesetzesbruchs. Nun bemächtigte sich die Staatsanwaltschaft der Angelegenheit und fand es für angebracht, eine Beschlagnahmeverfügung zu erlassen. Das setzte wieder die Polizei in Bewegung, die in der Wohnung des Herausgebers der "Roten Fahne" restliche Vorräte an dem "inkriminierten Flugblatt" feststellen wollte, aber nichts fand. Also wurde eine "Niederschrift" angefertigt, des Inhalts, daß "bei der Durchsuchung nichts Bedenkliches vorgefunden worden" sei. Einige Zeit später folgte noch eine Einvernahme des Herausgebers der Einladung bei der Gerichtlichen Pressepolizei im Landesgericht Wien 1 und als sich dabei neuerlich die lächerliche Belanglosigkeit der ganzen Angelegenheit herausgestellt hatte folgte wieder einige Zeit später die obenerwähnte "Strafverfügung".

"Gleiches Recht für alle!" ist ein Grundsatz, der auch im bürgerlichen Österreich sehr gerne zitiert wird. Diesem Grundsatz gemäß wäre auch der millionenschwere "Kurier" (bzw. dessen Herausgeber) nicht mit einer mildernden Strafe davongekommen wie das Arbeiterblatt, das sich mühe- und opfervoll aus Schilling um Schilling gesammelten Arbeitergroßchen finanziert.

ABER WIR GLAUBEN ES NICHT! Niemals würde es einem Staatsanwalt einfallen, einem bürgerlichen Millionenunternehmen eine derart an den Haaren herbeigezogene "Gesetzesübertretung" anzuhängen wie uns, denen man offenbar gleich auch politisch eins auswischen will.

500 Schilling sind für uns sehr viel Geld, tun uns sehr weh. Aber vielleicht ist der Anschauungsunterricht, den wir dafür erhalten haben, dieses Geld wert.

AUS DEM PARTEILEBEN - AUS DEM PARTEILEBEN - AUS DEM PAR

AUSSCHLUSSANTRAG GEGEN GENOSSEN

THEO HEISS

Mit einem Tempo, das man bei der Durchführung positiver Aktionen schmerzlich vermißt, haben die Revisionisten im ZK auf die Mitteilung reagiert, daß das Mitglied der Bezirksleitung und des Bezirksbüros Wien-Währing, Genosse Theo HEISS, in die Redaktion der "Roten Fahne" aufgenommen wurde. Genosse Heiss, der im Verlauf des sogenannten Koplenig-Aufgebotes zur Kommunistischen Partei gekommen war und eine der seltenen Ausnahmen bildete, in denen es in den letzten Jahren gelungen war, einen neuen, wirklich durchschlagskräftigen Aktivist zu gewinnen, wurde sofort all seiner Funktionen enthoben. Knappe 36 Stunden vor seiner Abreise mit der kommunistischen Mai-Delegation nach China gelang es den Revisionisten auch noch, eine Versammlung von 7 Parteimitgliedern zustandezubringen, die mit einem Stimmenverhältnis von 5:2 den Ausschlußantrag annahm, den ihnen zwei Parteiangestellte aufdrängten. Bezeichnend war, daß die "Ausschließer" zu ihrer Verstärkung einen notorischen Revisionisten aufgeboden hatten, der seit 8 Jahren (!) nicht mehr in seiner Sektion war und jetzt plötzlich "aktiv" wurde.

Selbstverständlich wird Genosse Heiss sämtliche Rekursmöglichkeiten gegen den Ausschluß ergreifen.

AUSSCHLUSSANTRAG GEGEN GENOSSEN

GEORG HOHENECKER

Aus Innsbruck erreicht uns die Nachricht, daß dort gegen den Gründer und langjährigen Obmann der Sektion Reichenau und zeitweiligen Landesobmann der FÖJ, Genossen Georg Hohenecker, ein Ausschlußantrag inszeniert wurde. Was für ein beschämendes, allen normalen demokratischen Gepflogenheiten hohnsprechendes Verfahren hier angewandt wurde, geht schon aus der Tatsache hervor, daß der Ausschlußantrag mit insgesamt 5 Stimmen angenommen wurde, von denen 2 von Angehörigen einer anderen Grundorganisation stammten, also garnicht gezählt hätten werden dürfen. Der Einwand des Genossen Hohenecker, eine so statutenwidrig zusammengeschobene "Mitgliederversammlung" sei garnicht beschlußfähig, wurde vom Landessekretär mißachtet, der vom ZK offenbar den Auftrag hatte, um jeden Preis einen Ausschlußantrag zu erreichen, da Genosse Hohenecker eine erfolgreiche Kolportage der "Roten Fahne" betreibt. Die Innsbrucker Revisionisten hatten die Frechheit, als einen Ausschlußgrund die Verbindung des Genossen Hohenecker "mit dem Polizeikonfidenten Strobl" anzuführen.

EINE SERIE VON ENTHEBUNGEN !

Wegen Unterstützung des marxistisch-leninistischen Standpunkts der "Roten Fahne" und aktivem Kampf gegen den revisionistischen Kurs der Chruschtschow-Anhänger wurden in den letzten Wochen eine ganze Reihe wichtiger und verdienter Parteifunktionäre ihrer Funktionen enthoben bzw. auf Drängen der revisionistischen Manager im ZK nicht mehr zur Wiederwahl zugelassen.

Nach vorläufigen, noch unvollständigen Angaben handelt es sich um die folgenden Genossen:

Genosse Franz SCHMIDBERGER, bisher Mitglied der Bezirksleitung Steyr der KPÖ, kommunistischer Gemeinderat von Steyr, Arbeiterkammerrat und langjähriger Betriebsrat der Steyr-Werke. Genosse Schmidberger ist seit über 30 Jahren Parteimitglied.

Genosse Heinz NIGL, bisher Mitglied der Bezirksleitung und des Bezirkssekretariats Steyr der KPÖ, seit Ende der Zwanzigerjahre Parteimitglied.

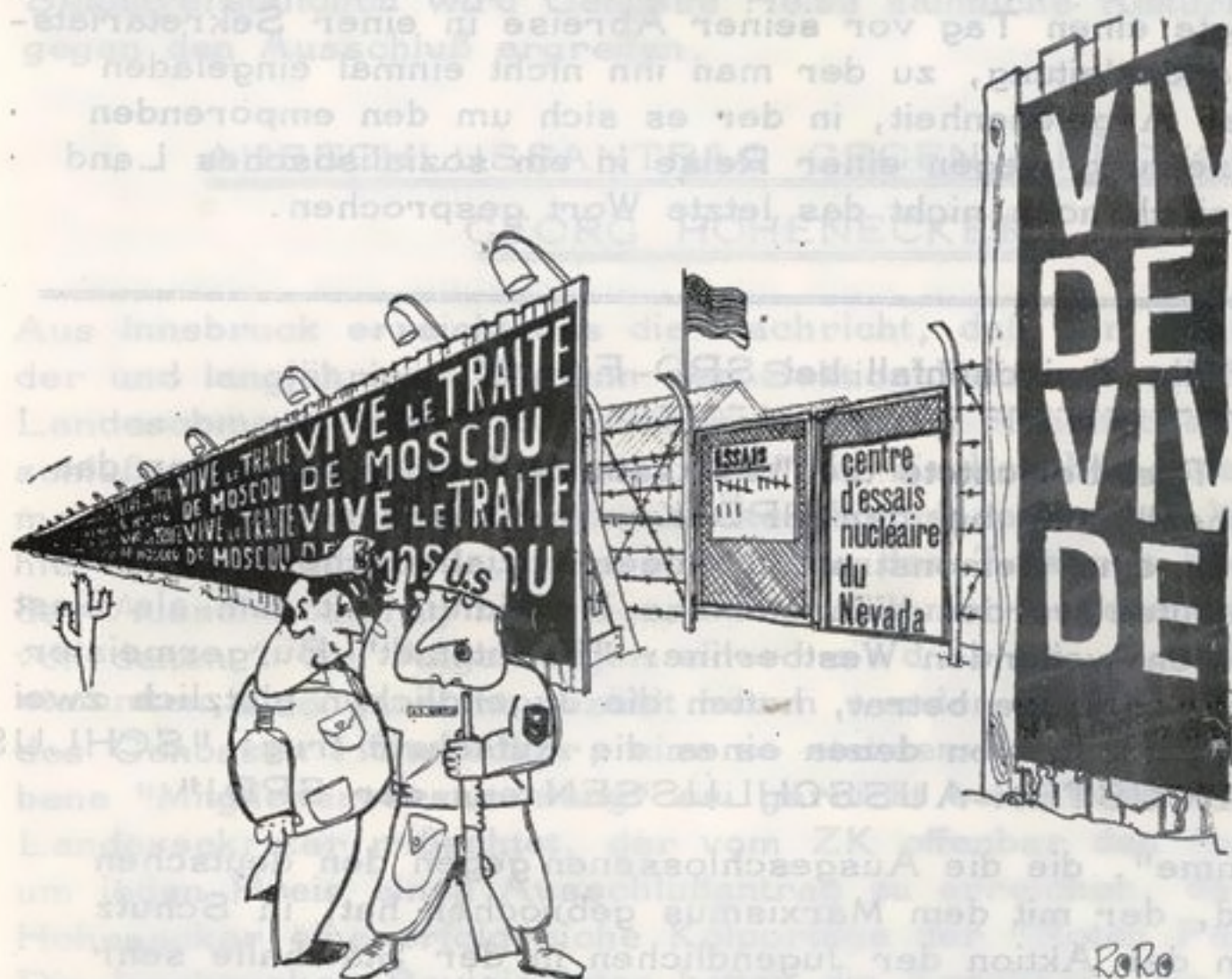
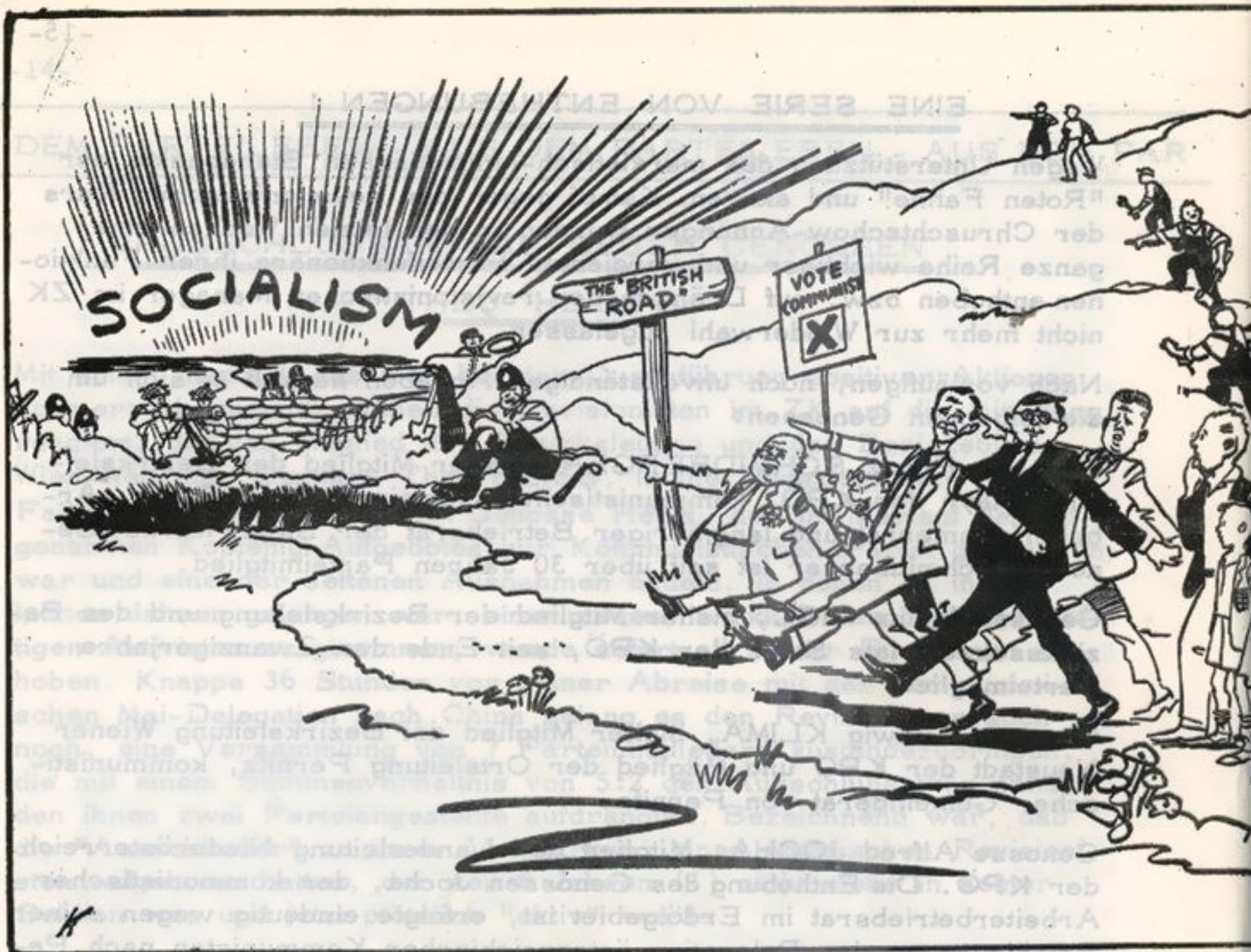
Genosse Ludwig KLIMA, bisher Mitglied der Bezirksleitung Wiener Neustadt der KPÖ und Mitglied der Ortsleitung Pernitz, kommunistischer Gemeinderat von Pernitz.

Genosse Alfred JOCHA, Mitglied der Landesleitung Niederösterreich der KPÖ. Die Enthebung des Genossen Jocha, der kommunistischer Arbeiterbetriebsrat im Erdölgebiet ist, erfolgte eindeutig wegen seiner Beteiligung an der Delegation österreichischer Kommunisten nach Peking und erfolgte einen Tag vor seiner Abreise in einer Sekretariats-sitzung der Landesleitung, zu der man ihn nicht einmal eingeladen hatte. In dieser Angelegenheit, in der es sich um den empörenden Fall einer Absetzung wegen einer Reise in ein sozialistisches Land handelt, ist freilich noch nicht das letzte Wort gesprochen.

"Ein Zwischenfall bei SPÖ-Feier"

Unter diesem Titel berichtete die "Volksstimme" am 5. Mai über das "starke Aufsehen", das bei der SPÖ-Kundgebung in der Wiener Stadthalle durch eine Demonstration einiger sozialistischer Jugendlichen hervorgerufen wurde. Während das Präsidium mit dem als Gast der SPÖ in Wien weilenden Westberliner "Frontstadt"-Bürgermeister Willy Brandt die Tribüne betrat, hatten die Jugendlichen plötzlich zwei Spruchbänder entrollt, von denen eines die Aufschrift trug: "SCHLUSS MIT DEN MARXISTEN-AUSSCHLÜSSEN aus der SPD!"

Die "Volksstimme", die die Ausgeschlossenen gegen den deutschen Parteivorstand, der mit dem Marxismus gebrochen hat, in Schutz nimmt, ist von der Aktion der Jugendlichen in der Stadthalle sehr begeistert. Wir auch! Aber noch mehr wären wir von einer solchen Aktion innerhalb unserer eigenen Partei begeistert, in der die Lage jener in der SPD immer ähnlicher wird!



Der Moskauer

Text auf dem
DER VERTRAG

Text auf dem
"ATOMVERSUCHS"

AUS UNSEREN BRUDERZEITUNGEN

"VANGUARD" (englisch) und
"LA VOIX DU PEUPLE" (belgisch)



Der "friedliche Weg zum Sozialismus"

Text auf dem Wegweiser: "DER BRITISCHE WEG"

Text auf der Tafel: "WÄHLT KOMMUNISTISCH!"



Teststop-Vertrag

Wandmalereien: "ES LEBE
IN MOSKAU!"

Wandmalereien dahinter:
"CENTRUM NEVADA"



siné

VANGUARD

AUS DEN BETRIEBEN - AUS DEN BETRIEBEN - AUS DEN BETRIEBEN

"MITBESTIMMUNG" - ERSTREBENSWERTE REFORM ?

Von unserem Leser , Genossen W-r, haben wir die nachstehende Zuschrift erhalten, mit der wir unsere Diskussion zur Frage der "Mitbestimmung" fortsetzen. Zugleich ersuchen wir um weitere Beiträge.

Liebe "Rote Fahne"!

Der Artikel "Über die Mitbestimmung" in der Nr. 8(12) veranlasst mich, einige Gedanken niederzuschreiben. In dem genannten Artikel wird ein wichtiges Problem diskutiert, welches für kapitalistische Länder wie Österreich von Bedeutung ist. Im Prinzip bin ich mit dem Autor des Artikels einer Meinung, und zwar, daß es unter kapitalistischen Verhältnissen keine wirkliche Mitbestimmung der Arbeiterklasse in den Betrieben geben kann. Aber diese Einsicht soll uns dazu veranlassen, keinen Kampf für die Mitbestimmung der Arbeiter zu führen? Oder noch besser: sollen wir diesen eindeutig antikapitalistischen Kampf der Arbeiter nicht unterstützen, oder ihn auch nicht führen? Mir scheint, eine solche Ansicht wäre nicht richtig.

Es ist eine Tatsache, daß die Arbeiterklasse das ungerechte Ausbeutewesen des kapitalistischen Systems in dem Maße begreift, in dem sie ihren Klassenkampf entfaltet, d. h. durch die im Klassenkampf erworbene Erfahrung.

Das bedeutet in unserem konkreten Fall, daß die Kommunisten den Kampf der Arbeiter für Mitbestimmung in den Betrieben führen müssen. Aber während sie diesen Kampf führen, sollen sie ihn mit der Perspektive der sozialistischen Revolution verbinden, d. h. sie sollen die Arbeiter geduldig aufklären, daß es eine wirkliche Mitbestimmung erst dann geben wird, wenn die Betriebe nicht mehr den Kapitalisten gehören, wenn der Staat nicht mehr der Staat der Kapitalisten ist, wenn die Arbeiter offen die Macht fordern und sie im revolutionären Kampf erobern. Die von den Arbeitern im Klassenkampf erworbene Erfahrung wird sie von den Utopien, die die Kapitalisten und die Reformisten predigen, befreien, die Überzeugung für die Richtigkeit des Weges, den die Kommunisten zeigen, stärken und die entscheidenden Kampfaktionen für die Sozialisierung einleiten. Die Kombination des Kampfes für die Mitbestimmung in den Betrieben, wie auch für alle anderen Forderungen der Arbeiterklasse, mit der geschickten Propaganda für die sozialistische Revolution ist also in diesem Sinne unerläßlich.

Man kann zum Sozialismus nicht gelangen, wenn man den Kampf für die Ein-zelforderungen vom Kampf für den Sozialismus trennt.

Es genügt nicht, "reine" Propaganda für den Sozialismus zu machen, und es genügt nicht, "nur" für Einzelforderungen zu kämpfen.

Denn im ersten Fall wird der Marxismus zu einer "akademischen" Angelegenheit, und im zweiten Fall wird man wohl gewisse Reformen innerhalb des kapitalistischen Systems durchsetzen (die von der Reaktion wieder rückgängig gemacht werden können), aber nie über diesen Rahmen hinaus die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft vornehmen können.

PLATTFORM DER JUNGEN - PLATTFORM DER JUNGEN - PLATTFORM

Von einer Gruppe kommunistischer
und parteiloser junger Menschen
erhielten wir folgenden Brief, den
wir gerne abdrucken:

An die
Redaktion der "Roten Fahne"

Wir glauben, daß die "Rote Fahne" nur e i n e Gruppe von Menschen anspricht: bewußte, aktive Genossen, die am Parteileben regen Anteil nehmen und mit allen Mitteln versuchen, es wieder entsprechend den ursprünglichen Zielen der Partei zu gestalten. Notwendigerweise haben sich diese Menschen in einer Opposition gegen die jetzige Parteilinie zusammengefunden.

Was aber ist mit den anderen, die nicht unmittelbar am Parteileben interessiert sind, die vielleicht von der Vorstellung abgestoßen sind, daß die Partei ein Eigenleben führt, um dessen Formen sich jetzt zwei Gruppen streiten? Hier meinen wir vor allem die Jugend. Keine Bewegung kann auf Zukunft hoffen, die nicht die Jugend auf ihrer Seite hat.

Wir glauben nun, daß gerade die Jungen nicht durch eine Negation (hier die Opposition zur offiziellen Parteilinie) angesprochen werden können. Sie sind größtenteils zu entpolitisiert, um ehrlich an der Partei besonders interessiert zu sein. Für sie zählen hauptsächlich die eigenen Interessen.

Genau hier aber müssen wir ansetzen! Wir müssen ihnen zeigen, daß ihre Probleme von ihnen allein nicht bewältigt werden können, sondern nur gemeinsam, und daß nur der Sozialismus ihnen die Entfaltung ihrer Persönlichkeit garantieren kann und nur er daher ihr natürliches Ziel ist - ein Ziel, das, wie wir glauben, die offizielle Parteiführung aus den Augen zu verlieren beginnt und das von der "Roten Fahne" konsequent verfolgt wird.

Wir haben uns lange überlegt, was wir tun können. Wir sprechen mit unseren Freunden, natürlich, aber das ist zu wenig. Es gibt sicherlich viele junge Menschen, die sich brennend für diese Fragen interessieren und die wir einfach nicht kennen. Wir brauchen ein Zentrum. Wir glauben, daß man in der "Roten Fahne" auch den Jungen das Wort erteilen muß. Wir wären gerne bereit, eine solche "Plattform der Jungen" zu gestalten.

Wir sind nur wenige. Aber wir sind überzeugt, daß wir bald mehr sein werden. Für den Anfang haben wir uns vorgestellt, daß wir eine Seite in der "Roten Fahne" erhalten. Wir werden ja sehen, wie das Echo ist. Unser Ziel ist es, ein großes Kollektiv für diese Jugendseite zusammenzukriegen, damit sie auch wirklich die ureigene Sache der Jungen wird.

Was meint Ihr dazu?

Antwort der Redaktion: EINVERSTANDEN! Hier ist diese Seite!

DER 1.MAI IN ALLER WELT

Peking: Mit einem Massenumzug von 3 Millionen Menschen allein in Peking und zahllosen gewaltigen Massendemonstrationen im ganzen Land feierte heuer das sozialistische China den internationalen Kampftag der Arbeiterklasse.

Moskau: Eine von Seiten der chinesischen Kommunisten ergangene Einladung zur Teilnahme einer sowjetischen Delegation an den Pekingern Maifeiern wurde hier nach bereits erfolgter Annahme wieder abgelehnt, zugleich die Einladung chinesischer Teilnehmer zum Moskauer Aufmarsch zurückgezogen.

Brüssel: Einen eindrucksvollen Beweis ihrer Stärke und Massenverbundenheit brachte der Mai-Aufmarsch der unter Leitung des Genossen GRIPPA neu formierten KP Belgiens in Brüssel. Wie die bürgerliche "Neue Zürcher Zeitung" unlustig berichtet, war die Demonstration der belgischen Marxisten-Leninisten eindeutig stärker als jene der getrennt marschierenden Revisionisten und war vor allem die J u g e n d großteils in den Reihen der Marxisten.

Belgrad: Bei der Militärparade, die hier am 1. Mai stattfand, wurden diesmal auffallend viele modernste sowjetische Waffen vorgeführt, darunter Boden-Luft-Raketen der Type SA-2, Panzer mit Infrarotscheinwerfern, neue Fliegerabwehrpanzer sowie ein Geschwader von MIG-21-Flugzeugen. Auch eine Reihe von den USA erhaltener Waffen wurden gezeigt. Das sowjetische Fernsehen brachte von der Belgrader Mai-Parade eine ausführliche Reportage.

Tirana: Besonders eindrucksvoll gestalteten sich heuer die Mai-Demonstrationen im sozialistischen Albanien. Neben den Fragen des sozialistischen Aufbaus standen die Losungen der revolutionären kommunistischen Weltbewegung, der nationalen und kolonialen Befreiungsbewegung sowie des Kampfes gegen den modernen Revisionismus im Vordergrund.

Wir sind nur wenige. Aber wir sind überzeugt, dass wir
oo

Wie die in Mailand erscheinende "NUOVA UNITA", die Zeitung der italienischen Marxisten-Leninisten, mitteilt, hat die Stadtleitung Venedig des italienischen kommunistischen Jugendverbandes mit einem Stimmenverhältnis von 9:1 eine Resolution beschlossen, die dem modernen Revisionismus entschiedenen Kampf ansagt.

Für die sofortige Freilassung der durch die
faschistischen Usurpatoren in Brasilien wider-
rechtlich verhafteten chinesischen Staatsbürger!

Unmittelbar nach ihrem, von Washington seit langem vorbereiteten faschistischen Staatsstreich hat die brasilianische Militärkamarilla am 3. April zugleich mit Massenverhaftungen brasilianischer Bürger in Rio de Janeiro auch neun chinesische Staatsbürger eingekerkert und hält sie trotz weltweiter Proteste gegen diesen zynischen Bruch des internationalen Rechts weiter in Haft. Es handelt sich dabei um 7 Angestellte der chinesischen Handelsagentur und um zwei Korrespondenten, die alle mit Bewilligung der brasilianischen Regierung und auf Grund legaler Aufenthaltsdokumente in Brasilien tätig waren.

Kurz nach der illegalen Verhaftung der chinesischen Staatsbürger meldeten sich auch schon die amerikanischen Drahtzieher dieser Aktion zu Wort. Am 9. April versuchte der offizielle US-Informationsdienst die Verhaftungen zu rechtfertigen, indem er die chinesische Volksrepublik "umstürzlerischer Tätigkeit in Brasilien" bezichtigte und die inhaftierten chinesischen Handelsangestellten und Journalisten als "chinesische kommunistische Spione" bezeichnete, die in Brasilien eine Revolution "machen" wollten. Damit enthüllten die Protektoren des faschistischen Militärputsches ihre wahren Absichten: die Freundschaft zwischen dem brasilianischen und dem chinesischen Volk zu zerstören und mit Hilfe einer antichinesischen Hysterie den fortschrittlichen Kräften in Brasilien und in ganz Lateinamerika einen Schlag zu versetzen.

Nach Berichten aus Brasilien planen die Faschisten die Auslieferung der verhafteten chinesischen Staatsbürger an die USA-Marionette Tschang Kai-schek, der bereits einen Beauftragten nach Brasilien sandte.

Den falschen, plump zusammengestoppelten Beschuldigungen gegen die verhafteten Chinesen folgten schwere Mißhandlungen und Folterungen der Überfallenen. Die Delegierten des Studentenkongresses in Belem, Luis MAIRA und Nemesio ARAYA, die einige Zeit zusammen mit den neun Chinesen im Zentralgefängnis von Rio de Janeiro inhaftiert waren, berichteten nach ihrer Haftentlassung und Rückkehr nach Chile empörende Details über diese Folterungen: die Gefangenen wurden mit Fußtritten mißhandelt, Elektroschocks unterworfen und einige von ihnen an eine hölzerne Vorrichtung gebunden, wonach sie mit Eisenstangen und Knütteln geschlagen wurden. Wie die beiden Chilenen mitteilten, sind die neun Chinesen in den Hungerstreik getreten, um gegen diese Quälereien und gegen die geplante Auslieferung an Tschangkaischek zu protestieren.

Nach übereinstimmenden Berichten zahlreicher Beobachter wenden die brasilianischen Faschisten ihre grausamen Foltermethoden im Massenumfang gegen zahllose brasilianische und ausländische Bürger an, die ihnen aus irgendwelchen Gründen nicht genehm sind und die daraufhin eingekerkert wurden.

Gegen die Barbarei der faschistischen Usurpatoren in Brasilien hat sich inzwischen ein weltweiter Protest erhoben.

Die "ROTE FAHNE" schließt sich diesem Protest und der Forderung nach sofortiger Freilassung der chinesischen Staatsbürger in tiefster Solidarität mit allen Opfern faschistischer und imperialistischer Barbarei mit aller Entschiedenheit an!

WAS DIE "VOLKSSTIMME" SCHREIBT - UND WAS SIE VERSCHWEIGT

KUBA - KEIN HANDELSOBJEKT !

Die "Volksstimme" veröffentlichte am 23. April eine groß aufgemachte Meldung unter dem Titel "Kuba: Fortsetzung der USA-Spionageflüge würde gefährliche Situation schaffen". Sie wollte damit offenbar den Anschein erwecken, konsequent für das revolutionäre Kuba einzutreten. Leider aber ist das durchaus nicht der Fall.

Nicht nur in den letzten beiden Jahren, sondern auch jetzt vermeidet es die "Volksstimme", die g a n z e Kuba betreffende Wahrheit mitzuteilen, insbesondere die faulen Kompromisse, die Chruschtschow auf Kosten Kubas zu schließen bereit war, den bedenkenlosen Kuhhandel, den er den USA bezüglich Kubas vorschlug.

Es war 1962, in den Tagen der sogenannten karibischen Krise, als Chruschtschow zwei Briefe an den amerikanischen Präsidenten richtete, in deren zweitem (28. Oktober 1962) es hieß:

"Wie ich bereits in meinem Brief vom 27. Oktober hervorgehoben habe, SIND WIR BEREIT, MIT IHNEN ZU EINEM ABKOMMEN ZU GELANGEN, DEMZUFOLGE VERTRETER DER UNO NACH KUBA GEHEN, DAMIT SIE IN DER LAGE SIND, DIE DEMONTAGE DER WAFFEN, DIE SIE 'OFFENSIV' NENNEN, NACHZUPRÜFEN."

Was bedeutete ein solcher Vorschlag angesichts der bekannten Situation in der UNO? Er bedeutete, dem kubanischen Volk nicht bloß irgendwelche ausländischen Inspektoren und Kommissare aufzuzwingen, sondern die amerikanischen Imperialisten bzw. ihre Agenten mit exterritorialen Rechten nach Kuba zu bringen! Er bedeutete eine "Internationalisierung" Kubas von der Art, wie sie die Welt schauernd im Kongo erlebt hatte! Und eine solche "Regelung" schlug Chruschtschow den amerikanischen Imperialisten vor - über die Köpfe der Kubaner hinweg, ohne ihre rechtmäßige Regierung auch nur zu fragen, so als ob er ihr Ministerpräsident wäre!

Das kubanische Volk hat den Kontrollplan Chruschtschows von 1962 aus begreiflichen Gründen zurückgewiesen. Es wollte sein Land nicht



SILHOUETTE VON HAVANNA

"Vaterland oder Tod! Wir werden siegen!"

AUS dem Schicksal des Kongo, seine Führer nicht dem Schicksal Lumumbas ausliefern. Chruschtschow und Kennedy mußten daher eine andere "Lösung" finden. Wie sie aussah, zeigt sich jetzt.

Möge man uns verzeihen, wenn wir hier einige Stimmen der bürgerlichen Presse zitieren, aber das ignorante Schweigen der "Volksstimme" über alles, was die Reputation Chruschtschows irgendwie gefährden könnte, zwingt die Leser ja geradezu dazu, sich gewisse Informationen - mit dem nötigen Maß eigener Urteilskraft und Kritik - aus den bürgerlichen Veröffentlichungen zu holen.

So berichtete die "PRESSE" am 21. April über eine Meldung der Agenturen Reuter und AP:

"Die USA teilten Montag mit, daß sie die Aufklärungsflüge über Kuba fortsetzen würden. Sie seien mit der Sowjetunion im Oktober 1962 als Ersatz für Inspektionen an Ort und Stelle vereinbart worden. Kuba wird nachdrücklich davor gewarnt, diese Flüge zu stören."

Am folgenden Tag berichtete die Washingtoner Korrespondentin dieses Blattes noch ausführlicher:

Präsident Johnson machte "darauf aufmerksam, daß jede Maßnahme seitens der kubanischen Streitkräfte, die amerikanischen Aufklärungsflüge zu unterbinden, schwere Folgen nach sich ziehen würde..."

Es ist bekannt, daß der Staatssekretär für Lateinamerika, Thomas Mann, dem Kongreß gegenüber seine Besorgnis über den bevorstehenden Abzug der russischen Truppen aus Kuba ausgedrückt hat - eine etwas paradoxe Entwicklung angesichts des Aufruhrs, den die Entsendung eben dieser Einheiten vor fast zwei Jahren auslöste... Castro ist bekanntlich nicht durch die Kennedy-Chruschtschow-Absprache vom Oktober 1962 gebunden, in der den Amerikanern die Erdinspektion der Insel zugesagt worden war, gegen die Castro sein Veto einlegte, sodaß sich Washington dann mit der Inspektion durch 'U-2-Flüge' zufrieden gab."

Die Empörung der Weltöffentlichkeit über die Frechheit, mit der die USA hier auf dem "Recht" bestand, die Souveränität Kubas zu verletzen und das Aufhorchen über die so merkwürdige Rolle Chruschtschows dabei veranlaßte diesen, rasch seine Spuren zu verwischen, indem er seinerseits gegen die U-2-Flüge protestierte. Wie ernst es ihm aber dabei war bzw. wie ernst er von den proamerikanischen Politikern genommen wurde, enthüllte die Nachricht, die - neben vielen anderen Blättern - der "KURIER" vom 6. Mai unter dem Titel "Kreml bremst Castro - Abwehr geschwächt" brachte:

"Ungeachtet der sowjetischen Beistandserklärungen für Fidel Castro hat Chruschtschow der kubanischen Luftabwehr einen schweren Schlag versetzt. Die Sowjets haben ein hochmodernes Radar-Feuerleitsystem wieder abgezogen. Dies bedeutet, daß die amerikanischen Aufklärungsflugzeuge praktisch ohne Gefahr Kuba überfliegen können. ...Die US-Regierung hat erklärt, die Aufklärungsflüge werden in aller Ruhe fortgesetzt werden - offensichtlich bereits in Kenntnis, daß Chruschtschow selbst durch den Abzug des Radargeräts diese Auf-

klärungsflüge u n t e r s t ü t z t . In politischen Kreisen ist man der Ansicht, daß Chruschtschow unter allen Umständen einen von Fidel Castro provozierten neuen Zwischenfall auf Kuba verhindern will."

Liest man das, so beginnt man zu begreifen, zu welchen katastrophalen Konsequenzen die revisionistische Konzeption Chruschtschows bereits führt, das Interesse der "Entspannung" an die vorderste Stelle zu rücken, d.h. über alle anderen Interessen zu stellen. Die amerikanischen Imperialisten kurven mit modernsten Kampfflugzeugen über kubanischem Hoheitsgebiet - was tuts, wo sie sich doch auf eine Absprache mit Chruschtschow berufen können. Wehe aber, die Kubaner tun etwas gegen diese Flüge! Dann ist das "ein von Castro provozierter Zwischenfall" und wenn dann eine amerikanische Invasion folgt, sind die Kubaner selbst daran schuld. Es besteht eine Spannung, die vernünftigerweise nur dadurch beseitigt werden kann, daß die USA gezwungen wird, ihr völkerrechtswidriges Verhalten aufzugeben. Doch die Revisionisten ziehen den anderen Weg vor: Sie sorgen dafür, daß Kuba den amerikanischen U-2-Maschinen nichts anhaben kann und schon haben sie wieder einmal den Frieden gerettet.

Es ist ähnlich wie mit den Atomwaffen. Normale Gehirne kommen mühelos zu der Schlußfolgerung, daß man sie generell verbieten und die Bestände daran vernichten muß, um die von diesen Waffen ausgehenden Gefahren zu bannen. Anders die Revisionisten. Während die USA-Imperialisten die westdeutschen Militaristen immer ungenierter mit atomaren Waffen ausrüsten, ist es die Sorge der Revisionisten, die Ausrüstung des sozialistischen China mit Atomwaffen zu verhindern - im Interesse der "Entspannung".

Kurz nach dem "Ostermarsch für den Frieden" hatte ein Mitglied der Redaktion der "Roten Fahne" Gelegenheit, mit einem prominenten Marschierer zu sprechen, der - wohlgemerkt - ein Kommunist zu sein glaubt. Der "Friedensfreund" vertrat offen die Ansicht, auch eine amerikanische Invasion Kubas müsse hingenommen werden, da man "wegen dem kleinen Kuba" doch nicht das Leben hunderter Millionen Menschen aufs Spiel setzen dürfe. Bei der Frage, wie es sich dann in bezug auf die DDR verhalte, hat er freilich schon etwas gestockt, wohl in der richtigen Annahme, daß weitere solche Fragen kommen würden.

Nun, die "Volksstimme" macht es nicht so offen wie jener Friedensmarschierer, aber sie ist defacto - trotz aller scheinradikalen Worte, mit deren Hilfe sie sich als Freund des kämpfenden kubanischen Volkes auszugeben versucht - ebenfalls der Meinung, man müsse den Amerikanern in bezug auf Kuba "entgegenkommen". Betreten schweigt sie über den Kuhhandel Chruschtschows mit den amerikanischen Imperialisten und deckt ihn damit. Das aber bedeutet, sich mitschuldig zu machen an der Irreführung und Täuschung der Öffentlichkeit, sich mitschuldig zu machen an einer Politik, die den Imperialismus zu immer unverschämteren Forderungen und Provokationen ermutigt und gerade dadurch zum Krieg führt.

AUS DEN STURMZENTREN DER WELTREVOLUTION - AUS DEN

Die Afro-Asiatische Solidaritätsberatung

Die sechste Tagung der Afro-Asiatischen Solidaritätsberatung, die vom 22. bis zum 27. März 1964 in ALGIER abgehalten wurde, bedeutete einen neuen Triumph im Kampf gegen Imperialismus und Kolonialismus. Sie zeigte anschaulich, daß die nationale Unabhängigkeits- und Befreiungsbewegung von keiner Macht der Erde aufgehalten werden kann.

Die höchste Vordringlichkeit wurde von der Versammlung den folgenden Themen zugesprochen:

1. Kampf gegen die imperialistische Kriegs- und Aggressionspolitik, für die Beseitigung der imperialistischen Herrschaft, für völlige nationale Unabhängigkeit, für internationale Entspannung und Weltfrieden.
2. Wirksame Wege und Mittel zur Festigung der afro-asiatischen Solidaritätsbewegung.
3. Konkrete Schritte zur Unterstützung des Befreiungskampfes und zur Beseitigung von Kolonialismus und Neokolonialismus in Afrika und Asien.

Nach der Annahme einer ALLGEMEINEN DEKLARATION, einer ALLGEMEINEN POLITISCHEN RESOLUTION und einer Reihe anderer Resolutionen entschied die Versammlung, die vierte und fünfte Afro-Asiatische Solidaritätskonferenz nach ACCRA beziehungsweise nach PEKING einzuberufen.

Der Grundton des Treffens war durch den Kampf für völlige nationale Unabhängigkeit und gegen den Imperialismus bestimmt. Ob man im revolutionären Kampf ausharren oder ihn zugunsten des Imperialismus aufgeben soll, ist für die Zukunft der 1.700 Millionen Menschen in Afrika und Asien von lebenswichtiger Bedeutung. Viele Delegierte nahmen zu dieser Frage ausführlich Stellung.

Vor allem: w e l c h e L i n i e muß von den Völkern dieser beiden Kontinente befolgt werden? KUO CHIEN, die Leiterin der chinesischen Delegation, sagte dazu in ihrer Rede:

"Aus den Erfahrungen, die in langen Jahren des Kampfes gewonnen wurden, haben die afro-asiatischen Völker die einzig richtige Linie zur Erlangung vollständiger Unabhängigkeit herausgefunden, die darin besteht, das Banner des Widerstandes gegen den Imperialismus und den alten und den neuen Kolonialismus hochzuhalten, ihr ganzes Volk zu vereinigen, um die antiimperialistische Revolution bis zu Ende zu führen und volle politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und vollständige Befreiung zu erlangen."

"Jedoch hat eine außenstehende Macht sich dieser richtigen Linie, welche die Unterstützung der überwältigenden Mehrheit der afro-asiatischen Völker hat, w i d e r s e t z t. Sie hat versucht, ihnen eine fehlerhafte Linie aufzudrängen, die sich vom Widerstand gegen den Imperialismus und von der Durchführung der Revolution zurückhält. Sie verbreitet den Unsinn, daß der Widerstand der afro-asiatischen Völker gegen Imperialismus und alten wie neuen Kolonialismus bereits sein Ziel erreicht und nur unbedeutende Überreste des Kolonialismus hinterlassen habe, bei deren Beseitigung durch den Imperialismus selbst und durch die UNO man es beruhen lassen könne... Diese fehler-

hafte Linie bedeutete in Wirklichkeit, daß die unterdrückten Nationen imperialistische Ausbeutung und Versklavung für immer erdulden sollten."

KIM WAL RYONG, der Leiter der koreanischen Delegation, betonte die Notwendigkeit für die unterdrückten Völker, einen entschlossenen Kampf zu führen:

"Wir werden auf die Beseitigung des Kolonialsystems durch friedliche Koexistenz, vollständige und allgemeine Abrüstung oder durch die UNO nicht müßig warten, sondern wir werden das revolutionäre Banner der nationalen Befreiung hochhalten! Friedliche Koexistenz kann auf die Beziehungen zwischen den Imperialisten und dem Volk in den Kolonien und abhängigen Ländern nicht angewandt werden, noch kann sie im Kampf der unterdrückten Völker um nationale Unabhängigkeit und Freiheit gelten."

In der Frage des wirkungsvollen Kampfes für den Weltfrieden unterstrichen viele Delegierte, daß man dabei von den Realitäten ausgehen müsse. Der Delegierte Algeriens, HADDAM TEDJINI, erklärte:

"Einige Leute mögen fragen: Wie können wir unser tiefes Verlangen nach dem Weltfrieden mit unserer vollen Unterstützung aller Völker, die für ihre Unabhängigkeit fechten, vereinigen? Darin aber liegt kein Widerspruch, denn um wirkungsvoll für den Weltfrieden zu kämpfen, muß man die Völker frei und unabhängig machen."

N.A.WELBECK, der Leiter der ghanaesischen Delegation, wies darauf hin:

"Heute, wann immer die Menschen ihre Stimme für das Recht auf Freiheit und Unabhängigkeit erheben, schießen die Imperialisten sie nieder! Aber sie fahren fort, vom Frieden zu sprechen. Wenn wir den Frieden zu sichern wünschen, müssen wir uns entschließen, in den Kampf zu ziehen, um Imperialismus, Kolonialismus und alle neuen Formen von politischer Reaktion, die einem wahren Frieden im Wege stehen, zu zerschlagen."

Auf die Solidarität und Einigkeit der afro-asiatischen Völker zu sprechen kommend, sagte die Leiterin der chinesischen Delegation KUO CHIEN, daß es Leute gibt, die nicht zögern, sich auf die reaktionärste imperialistische "Rassentheorie" zu berufen, indem sie die Solidarität der asiatischen und afrikanischen Völker im Kampf gegen den Imperialismus als auf geographischen Grundlagen, auf Hautfarbe oder "Rasse" beruhend verleumden.

"Dies ist durch und durch eine Erfindung, hinter der andere Dinge stecken. Eben diese Leute, die über die asiatischen und afrikanischen Völker vergeblich den Herrn zu spielen versuchen, sind selbst Rassisten und die größten Spalter."

Bei Behandlung der offenen Fragen zwischen den asiatischen und afrikanischen Ländern lenkte die Leiterin der chinesischen Delegation die Aufmerksamkeit auf die Tatsache, daß kürzlich einige Leute die historisch bedingten Grenzfragen zwischen asiatischen und afrikanischen Völkern absichtlich mit der imperialistischen Okkupation fremder Territorien durcheinanderbrachten, indem sie sie allgemein als "territoriale Streitigkeiten" bezeichneten und als die alleinige Ursache von Kriegen beschrieben. Das ist eine ganz absurde und reaktionäre Darstellung.

Der Leiter der japanischen Delegation, TOKUMATSU SAKAMOTO, ging mit jenen ins Gericht, die sich unter dem Vorwand der friedlichen Schlichtung

von Grenzstreitigkeiten dazu hergeben, einer imperialistischen Aggression Beihilfe zu leisten und die Imperialisten zu unterstützen, indem sie sich in die Souveränität anderer Länder einmischen und den gerechten Kampf um die Wiederherstellung des Territoriums des Vaterlandes entgegentreten.

+ + +

Die Auffassungen der Teilnehmer des Treffens fanden ihren Ausdruck in den beiden wichtigen Dokumenten, die angenommen wurden.

Die A l l g e m e i n e D e k l a r a t i o n macht klar, daß der Kampf um die nationale Befreiung die Hauptaufgabe der afro-asiatischen Völker ist und daß kein wirklicher Friede ohne die vollständige Befreiung der afro-asiatischen und anderen Völker erreicht werden kann.

Die Allgemeine P o l i t i s c h e R e s o l u t i o n ruft alle Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas auf, die Fahne des Kampfes gegen den Imperialismus und den alten und neuen Kolonialismus hoch zu erheben, sich mit allen antiimperialistischen Kräften in der Welt zu verbünden, um in verschiedenen Formen den entschlossenen Kampf zu führen, bis vollständige Unabhängigkeit, wirtschaftliche und soziale Freiheit, die restlose Beseitigung des Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus und die Sicherung des Weltfriedens erreicht sind.

DER ZWISCHENFALL MIT DEM SOWJET-DELEGIERTEN

In seiner Rede am 25. März versuchte der Leiter der sowjetischen Delegation, B.G. GAFUROW, die fehlerhafte Linie von der "friedlichen Koexistenz" und der "allgemeinen und vollständigen Abrüstung" der Betonung der Notwendigkeit des antiimperialistischen Befreiungskampfes entgegenzustellen. Darüber hinaus beging er die P r o v o k a t i o n, im Namen anderer asiatischer und afrikanischer Delegierter zu sprechen, die ihn dazu garnicht ermächtigt hatten. Ohne die wichtigen Fragen, die von der chinesischen Delegation aufgerollt worden waren, auch nur zu berühren, behauptete er:

"Viele afrikanische und asiatische Delegierte sind gestern zur sowjetischen Delegation gekommen und haben uns gebeten, keine Polemik zu eröffnen und auf die von den Chinesen gehaltene Rede n i c h t e i n z u g e h e n."

Diese demagogische Bemerkung rief eine Welle des Unmuts im Versammlungssaal hervor. Ein Delegierter aus Tanganyika erhob sich sofort und forderte Gafurow auf, die Namen derjenigen zu nennen, die ihn gebeten hatten, in ihrem Namen zu sprechen.

MOHAMED YAZID, der Vorsitzende der Versammlung und Leiter der algerischen Delegation, sagte:

"ICH BIN GEZWUNGEN, AUF DEM GRUNDSATZ ZU BESTEHEN, DASS JEDE DELEGATION IN IHREM EIGENEN NAMEN SPRICHT UND KEINE DELEGATION IM NAMEN EINES ANDEREN LANDES SPRECHEN KANN."

Am 27. März, unmittelbar nach Abschluß der Beratung, veranstaltete Gafurow eine P r e s s e k o n f e r e n z, auf der er mit offenkundig unwahren Behauptungen versuchte, gegen die chinesische Delegation Stimmung zu machen.

Es genügt, darauf hinzuweisen, daß Gafurow auf der Pressekonferenz sogar die Tatsache b e s t r i t t, daß die Beratung beschlossen hatte, die Fünfte Solidaritätskonferenz der afro-asiatischen Völker nach P e k i n g einzuberufen.

"DIE REVOLUTION BIS ZUM ENDE FÜHREN!"

Zum 45. Jahrestag der Gründung der III. Internationale

Am 2. März veröffentlichte "RODONG SHINMOON", das Zentralorgan der Koreanischen Arbeiterpartei, anlässlich des 45. Jahrestags der Gründung der III. Internationale einen Artikel, in dem alle Kommunisten aufgefordert werden, den Revisionismus zu bekämpfen, die revolutionären Prinzipien des Marxismus-Leninismus zu verteidigen und die Revolution bis zum Ende zu führen. Nachstehend eine Zusammenfassung des Artikels.

"Zwischen Marxismus-Leninismus und Revisionismus kann es keinen Kompromiss geben; die revolutionäre Linie und die opportunistische bilden unversöhnliche Gegensätze. Die internationale kommunistische Weltbewegung kann die schwere Prüfung, der sie nun unterworfen wird, nur durch einen prinzipiellen Kampf gegen den Revisionismus bestehen."

Der Artikel beginnt mit einem Bericht über die historische Situation zur Zeit der Gründung der III. Internationale und ihren scharfen Kampf gegen den Verrat der Opportunisten der Zweiten Internationale. Es wird auf den wichtigen Beitrag hingewiesen, den die III. Internationale für die Sache der Weltrevolution geleistet hat.

"Die Gründung der III. Internationale, so heisst es im Artikel, war ein Ereignis von größter historischer Bedeutung, begünstigte das Wachstum der kommunistischen und Arbeiterparteien in der Welt und förderte den Kampf der unterdrückten Völker für ihre nationale Befreiung.

Die Kommunistische Internationale führte während der ganzen Zeit ihrer Existenz den Kampf gegen den Revisionismus und gegen alle anderen Typen des Opportunismus. Sie focht beharrlich für die Reinheit des Marxismus-Leninismus und stärkte die Reihen der revolutionären Arbeiterklasse.

Die Gründung der Komintern war ein revolutionärer Sieg, errungen durch den entschiedenen Kampf LENINS und der Kommunisten der verschiedenen Länder. Sie war ein grosser Sieg des Marxismus-Leninismus über den Opportunismus."

Der Artikel ruft in Erinnerung, dass die Opportunisten der II. Internationale bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges die revolutionäre Sache der Arbeiterklasse verrieten. Sie arbeiteten offen mit der Bourgeoisie zusammen und degenerierten zu Sozial-Chauvinisten.

"Die Opportunisten der II. Internationale verwarfen den Marxismus-Leninismus, indem sie den Klassenkampf verneinten und die Diktatur des Proletariats ablehnten. Sie versicherten, der Kapitalismus könne ohne Klassenkampf und Revolution friedlich in den Sozialismus übergehen. Sie machten sich zu Anwälten der Klassenzusammenarbeit mit dem Imperialismus. Diese Renegaten verniedlichten den Imperialismus und propagierten die Möglichkeit einer kapitalistischen Entwicklung ohne Kolonien und Ausbeutung. Auch sie sprachen vom Widerstand gegen den imperialistischen Krieg, in der Wirklichkeit aber unterstützten sie

ihn aktiv unter dem Schlagwort von der "Verteidigung des Vaterlandes". Sie negierten den revolutionären Friedenskampf der Völker, verbreiteten bürgerlichen Pazifismus und widersetzten sich den nationalen Befreiungskämpfen der unterdrückten Völker.

Der Verrat der Opportunisten der II. Internationale brachte der internationalen Arbeiterbewegung ernste Verluste.

+ + +

Indem sie den Opportunismus der Kautskyaner, Trotzlisten und Bucharin-Leute zerschlug, die den proletarischen Internationalismus verraten hatten und zu imperialistischen Lakaien degeneriert waren, verteidigte die Kommunistische Internationale wirkungsvoll die Reinheit des Marxismus-Leninismus und stimmte ideologisch und politisch die kommunistischen Parteien aller Länder aufeinander ab. So leistete sie wertvolle Beiträge zur Festigung der Einheit und Solidarität in den Reihen der Partei auf der Grundlage der Prinzipien des Leninismus.

Sie trug in nicht geringem Masse zur Ausarbeitung der Strategie und Taktik bei, wie sie durch den Fortschritt der Revolution in den verschiedenen Perioden erforderlich waren, um "linke" und rechte Abweichungen in der Arbeiterbewegung zu Überwinden und die jungen Parteien zu stärken und zu entwickeln.

Die Komintern betrachtete den nationalen Befreiungskampf als einen machtvollen Faktor, um die Weltrevolution zum Sieg zu führen. Sie ermutigte die Arbeiterklasse und die werktätigen Völker der ganzen Erde, am Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus, Faschismus und Krieg teilzunehmen. Sie floss ihnen Vertrauen in ihre eigene Unbesiegbarkeit ein.

So entwickelte sich die internationale kommunistische Bewegung günstig, der Marxismus-Leninismus genoss innerhalb der Arbeiterklasse grosse Popularität und eine wachsende Anzahl von fortschrittlichen Arbeitern trat in die Reihen der kommunistischen Parteien ein.

+++

In den mehr als zwanzig Jahren seit der Auflösung der Dritten Internationale haben sich in der Entwicklung der revolutionären Weltbewegung drastische Änderungen vollzogen und wurden große Siege errungen. Die wirklich marxistisch-leninistischen Parteien haben die revolutionären Traditionen der Komintern weitergetragen und das Banner des Marxismus-Leninismus hochgehalten. Andererseits zeigen die Revisionisten immer deutlicher ihr wahres Gesicht. Wie die historische Erfahrung der internationalen kommunistischen Bewegung zeigt, kann keine Menge Betrugerei der Revisionisten die grossen Wahrheiten des Marxismus-Leninismus verdunkeln, noch kann sie den machtvollen Strom der revolutionären Bewegung der internationalen Arbeiterklasse und der unterdrückten Völker aufhalten.

In der ganzen Welt müssen die Kommunisten die Reinheit des Marxismus-Leninismus wie ihren Augapfel behüten und ohne zu schwanken die Einigkeit des sozialistischen Lagers und die Solidarität der internationalen kommunistischen Bewegung verteidigen. Sie müssen, in fester Solidarität mit den revolutionären Völkern in der ganzen Welt, kompromisslos gegen den Imperialismus kämpfen und die Revolution bis zum Ende führen."

BITTE SENDEN SIE UNS DIE ADRESSEN VON INTERESSENTEN DER "ROTEN FAHNE"

"KUBA WILL KEINEN ERBÄRMLICHEN FRIEDEN!"

Aus einer Rede Fidel CASTROS zum 3. Jahrestag des Sieges über die amerikanische Invasion an der Gironbucht

Der kubanische Ministerpräsident Fidel Castro sprach am 19.4. auf einer großen Massenkundgebung in Anwesenheit der Führer der "Einheitspartei der Sozialistischen Revolution von Kuba" wie Raul Castro, Ernesto Guevara, Osvaldo Dorticos u.a. sowie der Kabinettsminister. Auf der Kundgebung überreichte er den Gewinnern unter den Architekten, welche Pläne für das Monument für die Märtyrer der Gironbucht eingereicht hatten, Preise und Auszeichnungen.

Fidel Castro erklärte, dass das kubanische Volk, das für den Sieg an der Gironbucht einen hohen Preis bezahlt hat, seit damals nicht mit verschränkten Armen herumgegangen ist. Die Yankee-Imperialisten haben sich mit dieser Niederlage nicht ausgesöhnt, sondern begannen neue Aggressionspläne auszubrüten.

Die Invasion an der Gironbucht war nicht der erste barbarische Akt der amerikanischen Imperialisten, nicht ihre erste grausame Handlung, nicht ihr erstes Werk der Intervention; denn bei vielen Gelegenheiten haben sie Aggression und Intervention begangen und sich Verbrechen und Brutalitäten zuschulden kommen lassen, insbesondere gegenüber unseren Brudervölkern in Lateinamerika. Aber die Gironbucht war Zeuge der ersten Niederlage des amerikanischen Imperialismus in Lateinamerika, der ersten, aber nicht der letzten, wie Genosse Guevara vor kurzem richtig gesagt hat.

Die Geschichte der ersten fünf Jahre der kubanischen Revolution war die Geschichte der Verteidigung des Volkes gegen diesen Feind. Das kubanische Volk war nicht nur gezwungen, einen hohen Blutzoll für den Sturz der Tyrannei zu bezahlen, die eingesetzt und bewaffnet war durch den amerikanischen Imperialismus, sondern es muss auch in Zukunft, für eine Zeit, deren Länge wir nicht kennen, einen solchen Preis bezahlen. Das kubanische Volk hat ständig unter dem Schwert des Damokles - dem Schwert des aggressiven Imperialismus - gearbeitet.

Aber eine Revolution läßt sich nicht so leicht niederschlagen, eine Revolution kann nicht so leicht unterdrückt werden. Es ist den Imperialisten nicht gelungen, uns zu besiegen, weil unsere Revolution echt ist. Wenn es eine furchtsame und feige Revolution, eine schwankende Revolution gewesen wäre, hätten die amerikanischen Imperialisten über uns gesiegt. Man kann sagen, daß unser Land eher von der Landkarte weggewischt werden könnte, als dass es besiegt würde.

Wir erweisen den Märtyrern von Giron nicht nur einen lyrischen Tribut, sondern wir verpflichten uns gegenüber den Gefallenen, daß wir auch bereit sind, unser Leben hinzugeben. In diesem Kampf feilschen wir nicht um unser Leben. Wir leben nicht, um den Genuss zu haben von den Opfern jener, die ihr alles gegeben haben, sondern um die Früchte dieses Opfers um jeden Preis zu verteidigen.

Die Politik der amerikanischen imperialistischen Regierung wird mit jedem Tag aggressiver, immer offener reaktionär und inter-

PROLETARIAT ALLE LÄNDER VEREINIGT SICH!

ventionistisch. Zahlreiche Ereignisse, die sich in Panama, in Kuba und anderen Ländern ereignet haben, beweisen das. Der jüngste Militärputsch in Brasilien wurde nachweislich vom Pentagon und vom State Departement geplant und ausgeheckt. Er war nicht nur gegen Brasilien selbst gerichtet, sondern gegen die demokratische Bewegung als Ganzes, gegen die Durchführung einer unabhängigen Politik, die eine imperialistische Intervention in Kuba bekämpft. In diesem Sinne ist der Putsch in Brasilien Teil einer auf lange Sicht ausgerichteten Strategie des Imperialismus gegen Kuba.

Aber die Imperialisten vergessen, dass die kubanische Frage weder dadurch gelöst werden kann, dass man sich auf die Gorillas (die proamerikanischen reaktionären Generäle in Lateinamerika, Anmkg.) stützt, noch indem man sich auf geheime Zusammenkünfte verlässt. Obwohl die Imperialisten die numerische Übermacht besitzen und sie alle reaktionären Kräfte zu einem Bündnis gegen Kuba organisiert haben, ist unser Mut ungebrochen. Bei vielen Gelegenheiten in der Vergangenheit besaßen wir nur einen Zug Soldaten, wo wir es mit einem Bataillon von Gegnern zu tun hatten, aber jetzt steht das ganze Volk unter Waffen. Die Waffen, die wir hier haben, sind keine bloße Dekoration (Beifall).

Wir besitzen sie, um sie ohne Zögern zu gebrauchen, wenn es nötig ist.

Die amerikanischen Marinesoldaten, die auf der Flottenbasis von Guantanamo stationiert sind, haben gestern eine ernste Provokation durchgeführt. Sie überschritten die Demarkationslinie, warfen Steine auf kubanische Soldaten, zerbrachen die Tür eines kubanischen Aussenpostens und ein amerikanischer Marine-soldat liess sogar seinen Urin an einem kubanischen Flaggenmast ab. Diese Zwischenfälle haben wieder einmal die fünf Forderungen gerechtfertigt, die Kuba während der karibischen Krise erhoben hat. In den zwei Jahren, die seit damals vergangen sind, begingen die Imperialisten immer neue Provokationen und verletzten weiterhin unverschämt, illegal und willkürlich den Luftraum Kubas. Wir können nicht sagen, dass wir einen guten Frieden haben, und dass die Spannung und die Gefahren weit weg sind.

Kuba will die Welt an die Wahrheit erinnern und an die Verantwortung, die die Vereinigten Staaten für das, was kommt, haben. Wir werden die Verletzungen unserer Gesetze und unserer Souveränität nicht hinnehmen. Diese Provokationen sind absolut untragbar (Beifall).

Wir wollen die Imperialisten warnen, daß es für unsere Mässigung und Ruhe eine Grenze gibt, eine Grenze, die nicht überschritten werden darf, über die sie aber jetzt in gefährlicher Weise hinausgehen!

Wir wollen keinen Krieg. Wir wollen Frieden, und sehr aufrichtig wollen wir ihn. Aber wenn der Preis, der dafür bezahlt werden muß, darin besteht, alle Provokationen zu tolerieren, wenn es so ist, daß wir auf unsere Knie fallen müssen, unsere Würde, unsere Ehre und unseren Anstand opfern müssen, wenn wir auf unser würdiges Leben verzichten müssen, dann ist das ein erbärmlicher Frieden, den wir nicht wollen! (Lang anhaltender Beifall).

Keine Theorie, keine Doktrin, kein revolutionärer Grundsatz

101 neu imstagselV Erscheinungsort Wien P. d. d.

kann das kubanische Volk zwingen, all das zu tolerieren. Ein Revolutionär zu sein bedeutet, daß man bereit ist, alle Opfer zu tragen, die von einem Revolutionär verlangt werden. Und eine bessere Welt zu wünschen, schließt auch die Bereitschaft ein, den dafür notwendigen Preis zu bezahlen."

Ministerpräsident Castro betonte, daß das kubanische Volk keine Furchthat vor der schamlosen Erpressung, die sich auf die Zurschaustellung von Gewalt gründet. Er rief die revolutionären bewaffneten Kräfte Kubas auf, gut vorbereitet zu sein und ihre Arbeit zu verbessern.

"Die Bevölkerungszahl eines Landes ist nicht wichtig. Was wichtig ist, ist die Tapferkeit des Volkes, die Ehre des Volkes und seine Würde. Wir haben mehr Tapferkeit, mehr Ehre und mehr Würde als alle Imperialisten und Generäle des Pentagon zusammengekommen haben. (Applaus).

Wir lieben unser Leben, aber wir werden nicht zögern, es einzusetzen und herzugeben, weil wir unsere Sache, unser Land und unsere Ideale mehr lieben als unser Leben. Zu leben ohne Würde, elendig zu leben, ist kein Ausweg. In Schande unter Ketten zu leben ist schlimmer als nicht zu leben. Das ist es, was in unserer Nationalhymne gesagt wird. Auch mit Gewalt werden uns die Imperialisten nie zu Unterwerfung und Erniedrigung bringen können!"

Fidel Castro schloß mit den Worten: "Ehre den Märtyrern, die in der Schlacht an der Gironbucht gestorben sind! Wir werden Eurem Beispiel immer folgen und Euch in unserer Erinnerung bewahren!"

ABONNIERT DIE "ROTE FAHNE" !

Die regelmäßige Lektüre der "ROTEN FAHNE" gehört heute zu den Selbstverständlichkeiten nicht nur für jeden auf revisionistische Scheuklappen verzichtenden Kommunisten, sondern bildet eine immer wichtigere Quelle politischer Information für jeden an der revolutionären Entwicklung interessierten Menschen.

Wir sind gerne bereit, ernststen Interessenten die Zeitung einige Zeit kostenlos zuzusenden, um ihnen ein Urteil über sie zu ermöglichen. Auf die Dauer aber sichert natürlich nur ein Abonnement die pünktliche und regelmäßige Zusendung der Zeitung.

Jahresabonnement S 65,-

Halbjahresabonnement 35,-

(Postscheckkonto Nr. 173.848)

Ein Abonnement sichert außerdem die kostenlose Belieferung mit einer Vielzahl wichtiger politischer Broschüren und aktuellem Informationsmaterial aus der kommunistischen Weltbewegung.

Eigentümer, Herausgeber, Verleger, für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Franz S t r o b l , Wien 15., Goldschlagstr. 30/33

P.b.b.

Erscheinungsort Wien

Verlagspostamt Wien 101